

Niederschrift
über die Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb
am 05.10.2021

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Marcel Kaldek

Frau Tanja Orlowski

Herr Frank Strothmann

Frau Ursula Varnholt

SPD

Frau Dorothea Brinkmann

Herr Kai-Philipp Gladow

Herr Ole Heimbeck

Frau Susanne Kleinekathöfer

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Klaus Feurich

Frau Dr. Adele Gerdes

Herr Dominik Schnell

Herr Thies Wiemer

Stellv. Vorsitzender

FDP

Frau Sabine Bauckhage

Die Partei

Frau Heike Wulf

AfD

Herr Martin Breuer

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Von der Verwaltung:

Herr Kaschel

Stadtkämmerer

Frau Stücken-Virnau

UWB, Erste und Techn. Betriebsleiterin

Frau Gertsen

UWB, Geschäftsbereichsleiterin 700.2

Frau Steinhoff

UWB, Schriftführerin

Vor Eintritt der Sitzung stellt Herr Wiemer fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die öffentliche Tagesordnung

Herr Wiemer verpflichtet die sachkundige Bürgerin Frau Kleinekathöfer mit folgender Formel:

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben im Betriebsausschuss Umweltbetrieb nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen. So wahr mir Gott helfe.“

Frau Kleinekathöfer unterzeichnet die Niederschrift über die Verpflichtung.

Herr Wiemer berichtet, dass drei Anfragen der FDP nach Erstellung der Einladung eingegangen seien.

Der BUWB fasst folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird ergänzt um:

TOP 4.1 Anfrage der FDP zu Mehrstellen Tierpark

TOP 4.2 Anfrage der FDP zu Mehrstellen Grünunterhaltung

TOP 4.3 Anfrage der FDP zu Mehrstellen wegen Radwegekonzept

- einstimmig beschlossen -

Herr Wiemer berichtet, dass die Niederschrift über die 6. Sitzung des BUWB noch nicht in unterschriebener Form vorliege. Deshalb solle diese in der nächsten Sitzung des BUWB genehmigt werden.

Der BUWB fasst folgenden

Beschluss:

Der TOP 1 „Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 6. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 07.09.2021“ wird von der Tagesordnung abgesetzt.

- einstimmig beschlossen -

:-:-

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 6. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 07.09.2021

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 7. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 23.09.2021**

Es werden keine Einwände erhoben.

Beschluss:

Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen. -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Frau Stücken-Virnaue berichtet, dass ursprünglich geplant gewesen sei, die Themen Winterdienst, Starkregenereignisse und Bericht über den 2. Bauabschnitt der Luttersanierung in dieser Sitzung zu thematisieren. Diese Themen sollen stattdessen in der Sitzung des BUWB am 17.11.2021 auf die Tagesordnung genommen werden. So können zum Thema Winterdienst die Ergebnisse aus der Arbeitsgruppe am 08.10.2021 miteingebracht werden. Außerdem seien seitens der Politik zum Thema Starkregen noch keine Fragen eingereicht worden. Frau Stücken-Virnaue bittet, die Fragen im Vorfeld einzureichen, sodass diese im Vorfeld der Sitzung beantwortet werden können.

Frau Brinkmann fragt zum 2. Bauabschnitt der Luttersanierung, ob abzu-sehen sei, dass es zu Verzögerungen in der Offenlegung komme.

Frau Stücken-Virnaue antwortet, dass ihr keine weiteren Verzögerungen bekannt seien.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Zu Punkt 4.1 **Anfrage Mehrstellen Tierpark**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2532/2020-2025

Herr Wiemer verweist auf die schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Anfrage der FDP: Mehrstellen Grünunterhaltung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2534/2020-2025

Herr Wiemer verweist auf die schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.3 Anfrage der FDP: Mehrstellen wegen Radwegekonzept

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2533/2020-2025

Herr Wiemer verweist auf die schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 6 Wirtschaftsplan des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld (UWB) für das Jahr 2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2093/2020-2025

Frau Stücken-Virnaue erklärt, dass der Wirtschaftsplan solide aufgestellt sei. Alle Informationen seien in der Beschlussvorlage ausführlich dargestellt. Trotz der erforderlichen Mehrstellen würden laut Planung gute Ergebnisse erzielt werden. Auch die Ergebnisabführung an den Haushalt könne geleistet werden. Außerdem ist davon auszugehen, dass die mittelfristige Erfolgsrechnung ebenfalls mit positiven Beträgen abgeschlossen werden könne.

Für Rückfragen steht auch Frau Gertsen gerne zur Verfügung.

Herr Strothmann erklärt, dass die CDU die Beschlussvorlage ablehnen werde. Im Kontext des Sanierungsstaus auf den Kläranlagen könne die Fraktion der Gewinnabführung an den Haushalt nicht zustimmen. Für die anstehenden Investitionen müsse ausreichend Kapital innerhalb des Betriebes verbleiben. Außerdem sehe die Fraktion das Einrichten von insgesamt 21 Mehrstellen in Teilen kritisch.

Herr Heimbeck fragt, ob die hohen Erträge im Bereich Abfallentsorgung in der Gebührenbedarfsberechnung begründet seien.

Außerdem fragt er, ob der Begriff Mitbenutzerentgelt für Papier/Pappe kurz erklärt werden könne und wie die Kosten für die Entleerung der Mülleimer im öffentlichen Raum gedeckt werden.

Frau Gertsen erklärt zu den Mehrerträgen aus den Gebührenbedarfsberechnungen, dass die Ansätze aus dem Wirtschaftsplan die Grundlagen für die diversen Gebührenbedarfsberechnungen bilden. Steigen in einem Bereich, wie zum Beispiel im Bereich Abfallentsorgung, die Kosten, erhöht sich der Gebührenbedarf. Der erhöhte Gebührenbedarf werde als Zuweisung der Stadt Bielefeld eingeplant, wodurch sich ein höherer Umsatzerlös ergebe.

Herr Heimbeck hakt nach, wie die Gebührenanpassung erfolge.

Frau Gertsen führt aus, dass bei Bedarf die Gebührensatzung angepasst werden müsse. Für Ende dieses Jahres sei – wie jedes Jahr – geplant, die Änderungssatzungen über die Gebühren im Rat beschließen zu lassen. In der nächsten Sitzung würden die Beschlussvorlagen auch in den BUWB eingebracht.

Zum Thema Mitbenutzungsentgelte erklärt Frau Gertsen, dass die Papiertonnen zum einen Zeitungspapier, aber auch Verpackungsmaterial aus dem DSD- Bereich beinhalten. Es sei vertraglich geregelt, dass der Umweltbetrieb das Material mit einsammle und dadurch keine getrennte Sammlung erfolgen müsse, weshalb der Umweltbetrieb Mitbenutzungsentgelte erhalte.

Auf die Frage nach den Kosten für die Entleerung der Mülleimer im öffentlichen Raum erklärt Frau Gertsen, dass diese durch die Gebühren für die Abfallentsorgung mit abgedeckt würden.

Herr Feurich erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Beschlussvorlage zustimmen werde. Es handele sich um einen soliden Wirtschaftsplan. Die Mehrstellen seien sehr wichtig. Hierdurch würden zum Teil Mehrstellen aus der Zeitarbeit in feste Stellen umgewandelt. Der Umweltbetrieb müsse als Wirtschaftsbetrieb der Stadt der sozialen Verantwortung gerecht werden. Um die Verkehrswende voranzubringen, müsse außerdem für die zukünftige Reinigung der Radwege auch das entsprechende Personal zur Verfügung gestellt werden.

Herr Stiesch erklärt, dass der Umweltbetrieb finanziell auf einem sicheren Fundament stehen müsse. Die Politik belaste den Umweltbetrieb mit zusätzlichen Aufgaben. Außerdem müsse man auf die Auswirkungen des Klimawandels reagieren können.

Er fragt, welche Maßnahmen zur Besetzung der 70 unbesetzten Stellen getroffen würden.

Frau Stücken-Virnau antwortet, dass es sich bei der Anzahl von 70 unbesetzten Stellen um eine Stichtagsbetrachtung handle. Aktuell seien deutlich weniger Stellen frei.

Schwierigkeiten in der Stellenbesetzung mit geeignetem Personal gebe es gerade in den technischen Bereichen. Insbesondere der Bereich der Kläranlagen und speziell der Planungsbereich der Kläranlagen sei schwierig zu besetzen, sodass die Stellen mehrfach ausgeschrieben werden müssen. Der Umweltbetrieb stehe in Kontakt mit Fachhochschulen, um Nachwuchskräfte anzuwerben. Im Bereich der Grünunterhaltung gebe es mittlerweile einen Platz für ein Duales Studium, bei dem im Umweltbetrieb der fachpraktische Teil der Ausbildung absolviert werde. So entstehe eine Bindung zum Betrieb.

Frau Bauckhage erklärt, dass die FDP die Beschlussvorlage ablehnen werde. Trotz sinkender Zinsbelastungen sinke der Überschuss des Umweltbetriebes. Außerdem würden die Personalkosten ansteigen, obwohl die Tarifsteigerungen nicht so hoch wie geplant ausfielen.

Frau Bauckhage führt aus, dass durch Digitalisierung und Nutzen von Synergieeffekten Personalkosten eingespart werden müssten. Weiterhin könne die FDP der Gewinnabführung an den städtischen Haushalt nicht zustimmen. Das Geld müsse stattdessen zur Schuldentilgung oder für den Aufbau von Rücklagen genutzt werden.

Herr Gladow erläutert, dass die Umwandlung von Zeitarbeitsstellen in feste Stellen wichtig sei. Er fragt, ob die Personen, die aktuell für den Umweltbetrieb tätig sind, fest übernommen werden oder ob andere Personen eingestellt würden.

Frau Stücken-Virnau antwortet, dass vakante Stellen mit Personal aus Zeitarbeitsfirmen besetzt worden seien. Gerade in der Müllabfuhr können nur gut geschulte und unterwiesene Personen eingesetzt werden. Deshalb arbeite der Umweltbetrieb nur mit wenigen Zeitarbeitsfirmen zusammen, die immer das gleiche Personal zur Verfügung stellen konnten. Wenn der Stellenplan so genehmigt wird, habe der Umweltbetrieb Interesse daran, Personen mit guten Erfahrungen zu übernehmen.

Der BUWB fasst folgenden

Beschluss:

Der Betriebsausschuss des UWB empfiehlt dem Rat zu beschließen: Der Rat der Stadt beschließt den Wirtschaftsplan 2022 des UWB in Anlage 1 A (Gesamt-Erfolgsplan UWB), 1 A 1 (Sparten-Erfolgsplan), 1 B (Vermögens- und Finanzplan), 1 C (Stellenübersicht) und 1 D (mittelfristige Erfolgsplanung).

Es wird eine Ergebnisausschüttung in Höhe von 7.397 TEUR eingeplant. Über die endgültige Ergebnisabführung wird im Rahmen des Jahresabschlusses für das Jahr 2022 entschieden. Im Finanzplan 2022 werden die für das Wirtschaftsjahr 2021 geplanten 8.241 TEUR eingesetzt.

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung, die im Wirtschaftsjahr 2022 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 15 Mio. EUR festgesetzt.

Im Wirtschaftsjahr 2022 sind Umschuldungen in Höhe von 1.575 TEUR vorgesehen.

- mit Mehrheit beschlossen -

Frau Kleinekathöfer hat an der Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Zu Punkt 7

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegen keine Berichte vor.

Thies Wiemer
Stellv. Ausschussvorsitzender

Lisa Steinhoff
Schriftführerin